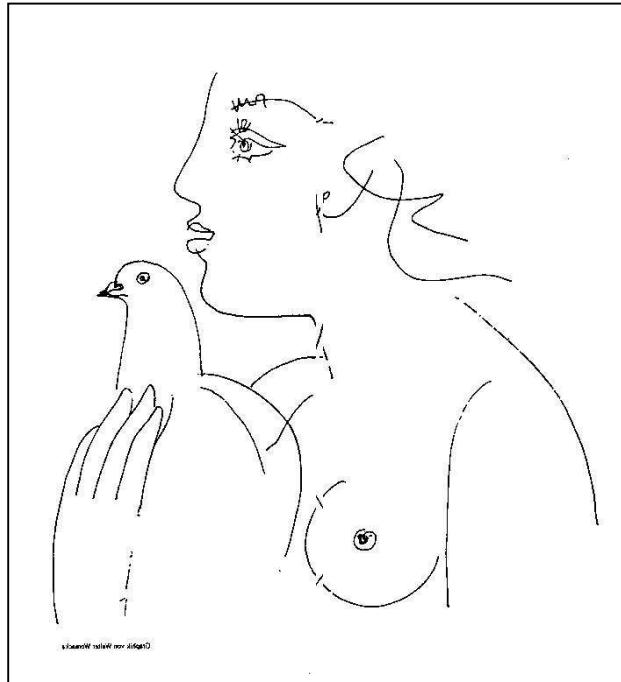


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 54



Die Krise und ihre Opfer

von

Prof. Dr. Georg Grasnack

Dieses Heft knüpft an die Darlegungen im Heft Nr. 51
„Gesellschaftskrise“ vom 30.01.2009 an.

Redaktionsschluss: 01. Juli 2009

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

„Ich möchte, dass die Menschen in zwei Jahren sagen können: 2009 geht es uns besser als 2007.“ (1)

Worte der Bundeskanzlerin, gesprochen in den ersten Dezember - Tagen 2007 - mit Blick auf die Bundestagswahlen. Formuliert zu einer Zeit, als die Krise die US-Finanzwirtschaft schon voll im Griff hatte.

Politische Kurzsichtigkeit?

Fehlender Sachverstand?

Oder doch wohl vom früh angelegten Bundestagswahlkampf geprägtes Täuschungsmanöver?

In den Folgemonaten, als die globale Krise schon unüberhörbar an die bundesdeutsche Tür pochte, sprach Frau Merkel beschwichtigend von einer „Konjunkturdelle“. Die Krise werde „Deutschland vielleicht berühren“. Aber „die deutschen Banken (seien) solide“. (2)

Verdrängung erschien zweckmäßig. Und Aussitzen.

Erst im Januar 2009 wurde seitens der Regierung ein Schrumpfen der bundesdeutschen Wirtschaftsleistung um 2,25 Prozent für möglich gehalten.

Jetzt, eineinhalb Jahre nach der großen Vision der Kanzlerin, da „es uns besser als 2007“ gehen solle, bietet Deutschland ein grundlegend anderes Bild.

Spaßgesellschaft in der Krise

Die Krise hat Deutschland voll erfasst. Allerdings – von ihren Wirkungen sind viele der Bürger bislang noch nicht voll betroffen. Die Politiker der Großen Koalition und die ihnen hörigen Boulevard-Blätter erreichten bislang noch eine unheilvolle Wirkung der Täuschung der Bürger. Die Bundestagswahlen sind ja auch noch nicht abgehakt.

In den Wahlkämpfen des Jahres 2009 zu den Kommunen, den Landtagen, zum Europaparlament und vor allem zum Bundestag sind die Regierungsparteien bestrebt, möglichst bis zur Wahl die Krisenproblematik in der Wahrnehmung der Bürger zu verdrängen. Gute Laune ist angesagt. Alle möglichen Jubiläen werden gefeiert. Als schrille

1 Berliner Zeitung, 4. Dezember 2007

2 zit. In: Junge Welt, 30.April./1. Mai 2009

Begleitmusik wird emsig der Dauerbrenner einer Delegitimierung der DDR betrieben. Die „Stasi-Industrie“ hat Hochkonjunktur.

Zugleich wird in punkto Krise Zweckoptimismus verbreitet. Man lebt ja in der Spaßgesellschaft.

Bei ihren Krisen-Verdrängungsbemühungen sehen Regierungsvertreter gelegentlich schon „Licht im Tunnel“. Von Zeit zu Zeit wird das baldige Erreichen der Talsohle prognostiziert. Ein neuer Aufschwung sei schon in Sicht. Das Steigen der Ölpreise wird von bürgerlichen Ökonomen als Zeichen für eine baldige Erholung geoutet. Zur Eröffnung der Hannover-Messe im April 2009 verkündete die Bundeskanzlerin, das Schlimmste sei wohl überstanden.“ (3)

Die „Financial Times Deutschland“ wirft einen Blick hinter die Fassade: „Die Politikdarsteller in Berlin haben allen Grund so zu tun, als passiere nichts Besonderes. Genau das aber verschlimmert die Lage, nicht nur für die demnächst offiziell fünf Millionen Arbeitslosen.“ (4)

Die Kanzlerin träumt von einem „Dreiklang von Schuldentilgung, Investitionen in Innovationen und steuerlicher Entlastung“. (5) Zwischen durch erwähnt sie aber auch, „dass wir einen schweren Wirtschaftseinbruch haben“. (6) (Wohl um später sagen zu können, man habe den Ernst der Lage keineswegs verkannt.)

Doch, so ist von ihr zu hören, die „Krise bietet auch eine Chance“. Fragt sich nur für wen? Und dann predigt sie wieder „Mut, Kraft, Zuversicht“. (7) Ihr Wirtschaftsminister plaudert über „Realismus und Zuversicht“. (8)

Ungeschminkte Realität

Der Krisen-Alltag in Deutschland bietet ein anderes Bild.

„Die Prognosen für dieses Jahr verdüstern sich von Woche zu Woche“, bemerkte „Der Spiegel“ im Frühjahr, „und die großen Konzerne kündigen eine Entlassungswelle nach der anderen an.“

Gegenwärtig werden von der Arbeitsagentur noch Arbeitslosenzahlen um die dreieinhalb Millionen genannt.

3 Der Spiegel, 18/2009

4 Financial Times Deutschland, 29. April 2009

5 Berliner Zeitung, 4. Mai 2009

6 Spiegel.de, 22.4. 2009

7 zit. In: Neues Deutschland, 23. April 2009

8 Berliner Zeitung, 30. April/1. Mai 2009

Offiziell Registrierte – wohlgemerkt. Die realen Zahlen sehen anders aus.

Im Oktober 2008 veröffentlichte die „Neue Rheinische Zeitung“ (9) folgende Fakten:

* ALG-I-Empfänger	1.807.222
* ALG-II-Empfänger	4.897.834
* Sozialempfänger	1.872.730
* Fortbildungsmaßnahmen	1.600.000
* Ein-Euro-Jobber	329.745
* 58er-Regelung	140.000

(Die 58er-Regelung betrifft Langzeitarbeitslose. Erhalten sie innerhalb eines Jahres keinen Job, so fallen sie aus der Arbeitslosenstatistik heraus)

Mehr als neun Millionen Menschen also, die von der Geißel der Arbeitslosigkeit im Herbst 2008 betroffen waren!

Seit dem 1. Mai 2009 werden Jobsucher, die von einem privaten Vermittler betreut werden, nicht mehr als arbeitslos geführt. Überdies wird die Statistik durch die Kurzarbeiterregelung geschönt.

Im März 2009 bezogen 1,1 Millionen Beschäftigte – sie werden in der Statistik nicht erfasst – konjunkturelles Kurzarbeitergeld.

Die Arbeitsagentur „trickst mit der Arbeitslosenstatistik“, stellte die „Osnabrücker Zeitung“ fest. Jeder vierte neue Arbeitslose wird übrigens unmittelbar ALG-II-Empfänger. Über 900.000 junge Menschen bis zum 24. Lebensjahr sind auf Hartz IV angewiesen.

Gegen Ende des Jahres wird ein Ansteigen der offiziellen Erwerbslosenzahlen auf vier Millionen erwartet, 2010 auf etwa 4, 5 Millionen.

Nun wird jedoch von Wirtschaftswissenschaftlern für das Jahr 2009 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung, speziell auch des Exports, um sechs Prozent erwartet. Das entspricht einem Wirtschaftsertrag von ca. 150 Milliarden Euro, womit 2,4 Millionen Arbeitsplätze in Frage gestellt wären.

Im April 2009 kam es zum stärksten Rückgang des Exports seit Beginn der Statistik im Jahre 1950. Im 1. Halbjahr gingen 100 Großunternehmen in Insolvenz. Die Unternehmen planen immer umfangrei-

chere Entlassungen. „Die Wirtschaft schrumpft wie nie zuvor“, titelt die „Frankfurter Allgemeine“. (10) Kein Wunder, dass nahezu jeder dritte noch Beschäftigte den sozialen Abstieg fürchtet.

Kein Wunder auch, dass angesichts der sich vollziehenden Entwicklung die Kaufkraft der Bevölkerung weiter zurückgeht und der Einzelhandel zunehmend rückläufige Umsätze verzeichnet.

Wie hieß es doch vor zwei Jahren bei Frau Merkel? Die Menschen sollten sagen können: „2009 geht es uns besser als 2007“! Die Bundeskanzlerin möchte nicht an diese ihre Worte von damals erinnert werden.

Krise verschärft Polarisierung

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer mehr. Die Krise und die von der Bundesregierung in ihr betriebene radikale Umverteilung von unten nach oben beschleunigt diesen Prozess.

„Die Spaltung zwischen Arm und Reich war in der Nachkriegszeit noch nie so groß wie heute“, konstatiert „Der Spiegel“: Und weiter: „Nach einer aktuellen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung verfügt das obere Zehntel der Bevölkerung über fast 62 Prozent des Privatvermögens. Fast ein Drittel der Deutschen dagegen besitzt so gut wie nichts oder ist verschuldet.“ (11)

Das mit einem gigantischen Reichtum ausgestattete Deutschland weist auch diese Tatsachen auf:

- Jeder siebte Bürger ist arm.
- Jedes fünfte Kind lebt in Armut.
- Jeder vierte junge Mensch zwischen 16 und 24 Jahren lebt in materieller Not.
- Über 800.000 Menschen sind Suppenküchenbedürftige.
- Altersarmut droht nicht wenigen heutigen und mehr noch künftigen Rentnern. Schon jetzt reicht für mehr als 700.000 Menschen die Rente nicht zum Leben. Sozialverbände befürchten, dass die Altersarmut in den nächsten Jahren rasant zunehmen wird.

10 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Mai 2009

11 Der Spiegel, 11/2009

Die Reallöhne pro Beschäftigten schrumpfen in den Jahren 2000 bis 2008 um vier Prozent. Das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung kommt in seiner Analyse zu der Feststellung: „Addiert man die Verteilungsverluste für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit 2000 zusammen, dann ergibt sich der riesige Betrag von fast 600 Milliarden Euro.“ (12)

Die Instrumente, die dem Kapital ohnedies für die Ausbeutung der Arbeitnehmer zur Verfügung stehen, wurden durch die von der Schröder-Regierung beschlossene Agenda 2010 im allgemeinen und die Hartz-Gesetze im besonderen ergänzt.

Jeder fünfte Beschäftigte – das sind 6,5 Millionen – ist heute gering bezahlt. Bei Vollzeitbeschäftigten ist es jeder Siebte, bei Teilzeitbeschäftigten fast jeder Vierte. Bei Mini-Jobbern sind es über 90 Prozent. Der Niedriglohnsektor wird weiter wachsen.

Die Merkel-Regierung trägt ihren Teil zu diesen erweiterten Ausbeutungsmöglichkeiten bei, indem sie eine generelle Mindestlohn-Regelung verhindert.

Deutschland ist nicht nur Exportweltmeister, sondern auch Europa-meister bei Niedriglöhnen. Die Krise führt infolge von Kurzarbeit und der Zunahme der Arbeitslosigkeit zu einem weiteren Rückgang der Reallöhne.

Die Steuerpolitik der Bundesregierungen spülte Jahr für Jahr Zig-Milliarden Euro in die Kassen der Konzerne und in die Taschen der Reichen und Spitzenverdiener.

Der Lohndruck der Konzerne und die Steuerpolitik der Schröder- wie auch der Merkel-Regierung haben die Polarisierung zwischen Arm und Reich weiter vorangetrieben. Schon die Kohl-Regierung hatte die Vermögenssteuer ersatzlos gestrichen.

Die Schröder-Regierung leitete dann die „Jahrhundertsteuerreform“ ein, die Reichen, Spitzenverdienern, Profiteuren von Kapitalgesellschaften erhebliche Steuerentlastungen brachte. Mehrmals wurde der Spitzensteuersatz gesenkt. Die Körperschaftssteuer wurde reduziert.

Um nahezu 26 Milliarden Euro wurden Konzerne, Kapitalgesellschaften und Besserverdienende jährlich entlastet, also beschenkt.

Die Merkel-Regierung setzte diese Politik fort.

Durch Abschreibungsverbesserungen, die Senkung der steuerlichen Belastung von Kapitalgesellschaften und eine die Reichen begünstigende Erbschaftssteuerreform wurde die jährliche Entlastung dieser Klassenkräfte auf rund 50 Milliarden Euro erhöht.

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen von 2004 bis 2008 um 40 Prozent, die Profite der Kapitalgesellschaften um 57 Prozent! Angesichts dieser Regierungspolitik überrascht es nicht, dass die Zahl der deutschen Dollar-Millionäre inzwischen auf über 800.000 angewachsen ist.

Staatliche Fürsorge für Banken und Konzerne

Der Reichtum in der kapitalistischen BRD besitzt, wie zu sehen ist, nicht nur Bestandsschutz. Er erfreut sich – ob in der Hochkonjunktur oder in der Krise – der vordringlichen staatlichen Förderung und Fürsorge.

Das wird besonders augenscheinlich mit dem „Rettungsschirm“ den die Merkel-Regierung für die Banken aufgespannt hat. 500 Milliarden Euro wurden im Schnellverfahren des Bundestages bereitgestellt. Später wurde ein Konjunkturpaket im Umfang von 50 Milliarden für 2009 und 2010 aufgelegt. Ein Verhältnis von 20:1 zugunsten der Finanzwelt, wie das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung errechnete. (13)

Banken erhielten neue Manövriermasse, ihre Manager neues Spielgeld. Den Aktionären des Immobilienfinanziers Hypo Real Estate (HRE) kaufte die Regierung ihre Anteile über dem aktuellen Börsenwert ab. Weit über 100 Milliarden Euro wurden in die Bank hineingepumpt. Die Regierungspraxis der Sozialisierung der Verluste, schon bei der IKB und der Commerzbank geübt, wird fortgesetzt.

Den bisherigen Höhepunkt erreichte dieses Verfahren mit der Einrichtung von „bad banks“. Bei 17 Banken, (darunter HRE) haben sich mit dem Platzen der Finanzblase faule, giftige Wertpapiere in Höhe von mehr als 860 Milliarden Euro angesammelt. Rechnet man das Eigenkapital dieser Banken mit 400 Milliarden Euro, so ergibt sich, dass sie faktisch pleite sind.

13 ebenda

Die staatsmonopolistische Lösung der Krise sieht auch hier einen Ausweg: Mit „bad banks“ setzen Banken ihren „Giftmüll“ in staatliche Schuldverschreibungen um. Die Regierung hat dafür einen staatlichen Finanzmarktstabilisierungsfonds eingerichtet. Sie garantiert den „bad banks“ die Rückzahlung von Anleihen plus Zinsen. Das Risiko für die Schuldverschreibungen trägt der Steuerzahler.

In der "Berliner Zeitung" ist dazu vermerkt: "Ausgerechnet diejenigen, die zu großen Teilen verantwortlich für die Finanzkrise sind - und damit auch für die schlimmste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit - ausgerechnet also die werden in einem fast unerträglichen Maß umsorgt und gepflegt. Erst kamen die staatlichen Milliardenrettungspakete, dann die vielen Milliarden, die ihnen die Notenbanken fast zinslos zur Verfügung stellen und jetzt also auch noch die Bad Banks, jene Finanzmüll-Deponien, in welche die Geldhäuser ihre faulen Wertpapiere zu Lasten des Steuerzahlers entsorgen können." (14)

Die neoliberale Hegemonie wird erhalten und abgesichert, ja, sie festigt ihre Positionen, was auch die Hilfe für angeschlagene Konzerne wie Opel zeigt.

Die Bundesregierung stellt für solche Konzerne Bürgschaften in Höhe von 5 Milliarden Euro und Kredite von 40 Milliarden Euro bereit. Bund und Länder sichern mit einem Überbrückungskredit von 1,5 Milliarden Euro das Opel-Geschäft ab. Auch Quelle erfuhr auf diese Weise staatliche Fürsorge.

Bei etlichen Großunternehmen, die nicht zuletzt durch Miss-Management ins Schleudern gekommen sind, offenbart sich, dass die milliarden schweren Eigentümer nicht bereit sind, von ihrem Reichtum Mittel zur Rettung der Unternehmen abzuzweigen.

Sie warten auf Steuergroschen.

Es überrascht nicht, dass sich bei der immer wieder bewiesenen Unterstützung der Bundesregierung für das Kapital der Präsident des BdA, Hundt, in Abkehr von dem früher von ihm befürworteten „schlanken Staat“, vorübergehend, in Krisenzeiten, „für einen starken Staat“ ausspricht.(15) Die Unternehmerverbände bestätigen wohlwollend, dass die Regierung die „richtige Orientierung“ für die Lösung der Krise gefunden habe.

14 Berliner Zeitung, 4./5. Juli 2009

15 Der Spiegel, 17/2009

Die Krise ein Naturereignis?

Die Politiker an der Spitze des Staates wollen die sozialen Ursachen der Krise verdecken. Von einem „Naturereignis“ wird gesprochen.

SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier vergleicht die Krise mit einem „seismografischen Ereignis“. (16)

Der Bundespräsident redet davon, dass „wir alle über unsere Verhältnisse gelebt“ haben.

Die Bundeskanzlerin entdeckt die Hausfrau in Schwaben: „Man hätte einfach die schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise.“ (17)

Das Volk soll für dumm verkauft werden. Ein „Wir-Gefühl“ soll vermittelt werden. Der Arbeitnehmer, der Arbeitslose und der Rentner – sie sollen sich mitschuldig fühlen am Ausbruch und an den Folgen der Krise. Und sie sollen eben auch die Folgen tragen. Deutsche Bank-Chef Ackermann hatte ja bereits vor Monaten das Stichwort gegeben: „Wir sitzen alle in einem Boot!“

Der Kapitalismus als System soll in den Betrachtungen der Bürger keine Rolle spielen, sein grundlegendes Gesetz, nämlich die Maximierung von Profit, kein Diskussionsthema werden.

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass seit dem Jahre 2000 im Ergebnis der Jagd nach Profit Verteilungsverluste bei den abhängig Beschäftigten in Höhe von 600 Milliarden Euro entstanden sind.

Durch die immer dreister betriebene Umverteilung von Einkommen und Vermögen stehen dem Kapital immer umfangreichere Mittel zur Verfügung. In Medien wurde darauf verwiesen, dass in den zurückliegenden drei Jahrzehnten die globale Geldmenge ungefähr vervierzigfacht wurde, die Gütermenge aber nur vervierfacht!

Das Kapital denkt nicht daran, primär in die Produktionssphäre zu reinvestieren. Der Einsatz von Mitteln in der Finanzsphäre bringt schnell ohne wachsenden Aufwand den erwarteten Profit.

Die Bundesregierungen haben seit 1998 etwa 40 Gesetze und Verordnungen zur Förderung und Liberalisierung der Finanzmärkte verab-

16 Der Spiegel, 20/2009

17 Handelsblatt, 1. Dezember 2008

schiedet. Sie haben die Hedgefonds zugelassen und dem Kapital umfangreiche Steuergeschenke zugeschanzt.

Die zunehmende soziale Polarisierung führt zur Reduzierung der Massenkaufkraft. Der Absatz der produzierten Güter kommt ins Stocken. Überakkumulation und Unterkonsumtion erweisen sich als grundlegender Widerspruch des Kapitalismus. Schon Marx hatte auf diesen Widerspruch hingewiesen: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenzen bildet.“ (18)

Die staatsmonopolistischen Praktiken der Bundesregierung zur Lösung der gegenwärtigen Krise, die Rettungsaktionen für Banken und Konzerne, tragen dazu bei, die Voraussetzungen für die nächste Krise zu schaffen.

Die krisenverursachenden Finanzhaie bleiben ungeschoren. Hedgefonds werden nicht verboten. Der Spekulationstrieb der Banker wird nicht ausgebremst.

Anfang Juni 2009 äußerte sich in der „Frankfurter Allgemeinen“ der bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler Miegel über die Perspektiven: „In der Krise dieses Jahrzehnts wackelten Unternehmen. In der gegenwärtigen Krise wackeln Unternehmen und Banken. In der nächsten Krise, die jetzt vorbereitet wird, werden Unternehmen, Banken und Staaten wackeln.“ (19)

Einen Vorgeschmack vom Staatsbankrott hat die aktuelle Krise in Island und Griechenland schon mal geliefert. Doch zunächst geht es um die Bewältigung dieser von Tag zu Tag neue Opfer fordernden Krise. Und da ergibt sich die Frage:

Wer soll das bezahlen? Der alte Karnevalsschlager gewinnt höchste Aktualität.

In der „Frankfurter Allgemeinen“ kam der schon zitierte Miegel ins Sinnieren. Die künstliche Aufschäumung der Geldmenge sprengt jedes Vorstellungsvermögen. Der bundesdeutsche Staat mit seinen Großzügigkeiten für das Kapital und die Finanzhaie hat einen passablen Anteil an der „Aufschäumung“ der Geldmenge.

18 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 25, S. 501

19 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juni 2009

Die Staatsschulden wachsen bis Ende des Jahres auf 1,655 Billionen Euro. Mehr als 70 Milliarden Euro sind dafür schon jetzt im Jahr an Zinsen zu zahlen. Das ist übrigens inzwischen der zweitgrößte Etatposten im Bundeshaushalt!

Die Krise mit ihren „Rettungsschirmen“, Bürgschaften und Abwrackprämien löst Ausgaben in nie gekannter Höhe aus.

Die Neuverschuldung in diesem Jahr dürfte nach Schätzungen ca. 90 Milliarden ausmachen. Für 2010 wird mit einer weiteren Verschuldung von 132 Milliarden Euro gerechnet.

Insgesamt 310 Milliarden Euro neue Kredite sind bis 2013 zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte erforderlich – 50 Milliarden Euro mehr als bisher geplant.

„Auf jeden Bürger dieses Landes kommen im nächsten Jahr allein durch den Bund über 1.000 Euro zusätzliche Schulden zu. Es ist Geld, das irgendwann zurückgezahlt werden muss“. (20)

„Die Welt“ nennt dazu gleich den Adressaten, der zurückzahlen soll: „Natürlich hat der Staat eine Reserve: den Steuerzahler und seine Nachkömmlinge.“ (21)

Die Frage, wer die Krisenzeche bezahlen soll, ist beantwortet.

Die traumhaften, zur Rettung von Banken und Konzernen, aufgewendeten Mittel und die Kosten für steigende Arbeitslosenzahlen müssen sich zwangsläufig äußerst negativ auf die öffentlichen Haushalte auswirken. Soziale Standards und soziale Sicherungssysteme werden in Frage gestellt werden.

Alarmierende Beispiele deuten an, was auf die Bürger zukommt:

- Den Sozialversicherungen drohen hohe Schuldenberge, wie von DGB-Seite vermerkt wird.
- Die Bundesagentur für Arbeit rechnet mit 20 Milliarden Euro neuen Schulden.
- Die Krankenkassen befürchten Fehlbeträge von drei Milliarden Euro und fordern mehr Mittel
- Bund, Länder und Kommunen müssen, einer offiziellen Steuer-schätzung zufolge, in den Jahren 2009 bis 2011 mit Steuerminder-einnahmen von 316 Milliarden Euro rechnen.

Die Regierung denkt nicht daran, einen „Rettungsschirm“ für die einfachen Menschen aufzuspannen.

Der „Steuerzahler und seine Nachkömmlinge“ werden gefragt sein. Wie eh und je in der „freien Marktwirtschaft“. Die Enteignung der Steuerzahler wird enorme Dimensionen annehmen.

Neue höhere Massensteuern, reduzierte öffentliche Leistungen, Kürzungen bei Bildung, Gesundheit, Umweltschutz und Kultur werden auf die Tagesordnung der Politik kommen – nicht in den Wochen bis zur Bundestagswahl.

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ plauderte es schon mal aus: „Das nächste Jahr wird furchtbar werden. Dann liegt die Bundestagswahl hinter uns, und dann werden die Rechnungen präsentiert für die Wählerstimmen. Wem? Den Wählern selbst. Aber wie immer, erst nach der Wahl.“ (22)

Die Krise diktiert schließlich die Programme, meint „Der Spiegel“, um dann fortzufahren: „Nach den Finanzmärkten und der Realwirtschaft wird sie die Staatshaushalte erfassen, die Arbeitslosenversicherung, die Pflegeversicherung, die Rentenversicherung, auf die Steuerzufälle der Rezession müssen Regierende Antworten finden; wer im Wahlkampf Steuersenkungen verspricht, wird sie im Amt wieder einkassieren müssen.“ (23)

Tatsächlich diktiert jedoch nicht „die Krise“ die Sozialisierung der Verluste, sondern es diktiert, wie bisher, so auch in der gegenwärtigen Krise, das Kapital und seine Repräsentanten von den Unternehmerverbänden. In der alten BRD operierten Linke und Gewerkschafter vor Bundestagswahlen mit dem Slogan: „Wahltag ist Zahltag“. Jetzt ist zu hören: „Zahltag ist nach dem Wahltag.“

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang Erklärungen von Organen und Repräsentanten des Kapitals über die heute, nach dem Abtreten des Realsozialismus von der politischen Bühne Europas gegebenen Möglichkeiten rücksichtslosen Sozialabbaus.

So schrieb die „Frankfurter Allgemeine“: „Manchem wird erst jetzt bewusst, wie sehr die Konkurrenz des Kommunismus, solange sie bestand, auch den Kapitalismus gebändigt hat.“ (24)

22 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31. Mai 2009

23 Der Spiegel, 20/2009

24 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Januar 2008

Die Schriftstellerin Daniela Dahn bemerkte dazu, dass der Realsozialismus dem Kapitalismus eine soziale Legitimation abverlangte. (25)

Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank, verbindet die mit der Rückwende vollzogene „Befreiung vom Sozialismus“ mit der Forderung: „Wir müssen, nachdem der Sozialismus der DDR überwunden wurde, den westdeutschen Sozialismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können.“ (26)

Unter „westdeutschem Sozialismus“ versteht Walter die sozialen Errungenschaften, die die Arbeiterbewegung in Westdeutschland, gestützt auf die Existenz der DDR, erkämpfen konnte. Es geht dem Kapital um die Beseitigung des „sozialen Klimbims“, wie in den vergangenen Jahren Manager die sozialen Standards denunzierten.

Der Bundespräsident hat diese Absicht vor einiger Zeit – in perfektes Amtsdeutsch gekleidet – so artikuliert: „Wir müssen das Sozialsystem anpassen an seine Finanzierbarkeit.“ Ja, ein Euro ist nur einmal auszugeben: Als Steuergeschenk an Konzerne und Reiche oder für die sozialen Sicherungssysteme. Und da haben in der BRD die „Leistungsträger“ natürlich Vorrang.

Um den Wähler davon abzulenken, was nach der Wahl auf ihn zukommt, galoppiert als Dauerbrenner eine hysterische Dauerkampagne über den DDR-„Unrechtsstaat“.

Dem Bürger soll auch nicht bewusst werden, dass sich mit der Demontage sozialer Rechte der Bürger die Bundesregierung das im Mai so überschwänglich gefeierte Grundgesetz immer weiter demontiert. Die Bundesrepublik, so heißt es darin bekanntlich, sei ein „demokratischer und sozialer Staat“.

Sozialabbau, schon über Jahre schrittweise in der Absicht vollzogen, den „westdeutschen Sozialismus (zu) überwinden“, bedeutet Verfassungsbruch. Um ihn gegen jeglichen Widerstand abzusichern, baut der Innenminister den Überwachungsstaat aus und drängt auf gesetzliche Regelungen für den Einsatz der Bundeswehr im Innern – für alle Fälle.

Prof. Schachtschneider von der Universität Erlangen charakterisiert die heutige BRD folgendermaßen: „Sie ist kein Rechtsstaat mehr, in

25 zit. in: D. Dahn, Wehe dem Sieger, Rowohlt Verlag, Berlin, S. 27

26 ebenda

dem durch Gewaltenteilung und Rechtsschutz die Grundrechte gesichert sind. . Sie ist kein Sozialstaat mehr, sondern unselbständiger Teil einer Region des globalen Kapitalismus.“ (27)

Wahltaktik auf Hochtouren

Unterdessen überbieten sich die Parteien der Großen Koalition in der Verbreitung guter Laune, der Verteilung von Beruhigungspillen und der Verteilung von Wahlgeschenken. Sie versprechen das Blaue vom Himmel. Die CDU kündigt für irgendwann Steuersenkungen in Höhe von 15 Milliarden Euro an. (BdI - Präsident Keitel hatte entsprechende „Steuerentlastungen“ gefordert.)

Die SPD erklärt sich für „neue soziale Leistungen“. SPD-Finanzminister Steinbrück schließt Steuererhöhungen aus. Arbeitsminister Scholz erklärt, die Renten würden nicht sinken.

Im übrigen plakatiert die SPD Forderungen, gegen die sie in der Vergangenheit im Bundestag immer gestimmt hat.

Die FDP verspricht Steuererleichterungen für den sogenannten Mittelstand und will so, wie bisher, weiterhin Politik praktizieren.

Die Grünen versprechen Millionen neuer Arbeitsplätze. Printmedien deuten als Ziel der so vehement auftretenden „Opel-Retter“ die Wiederwahl.

Von der volkswirtschaftlich unsinnigen Abwrackprämie möchten CDU und SPD gleichermaßen politisch profitieren.

Der gegenwärtige Wahlkampf offenbart ein weiteres Mal, wie erbärmlich und geringschätzig bundesdeutsche „Elite“ mit den Menschen umgeht. Tatsächlich ist die Zahl der Beispiele, da bundesdeutsche Wahlkämpfe nach dem Motto geführt wurden „Versprochen – gebrochen“. Ungezählt.

„Der Spiegel“, unverdächtig, ein linkes Blatt zu sein, resümiert diese Erfahrungen: „Die Geschichte der Republik ist eine Geschichte der Wahllügen.“ (28)

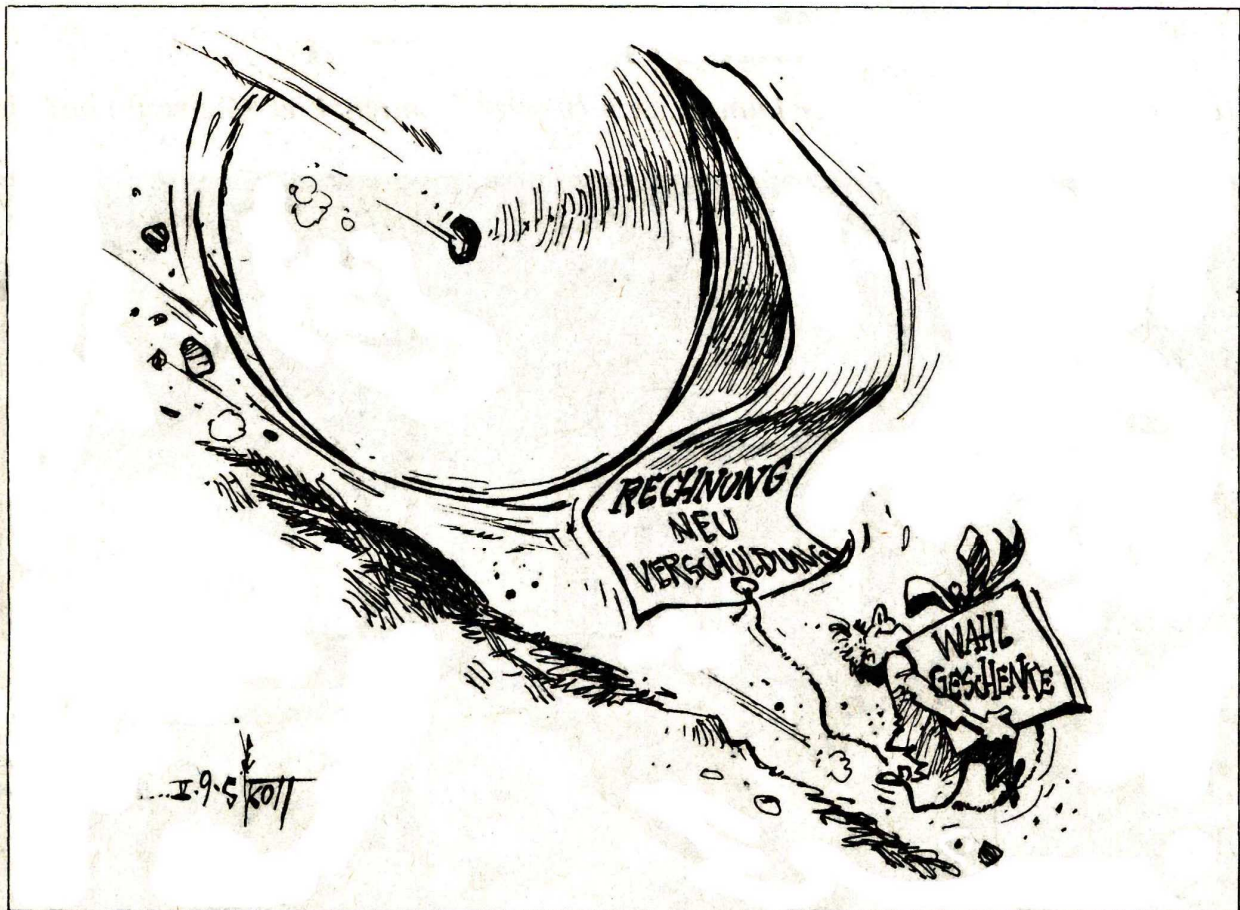
27 Die Welt, 27. März 2007

28 Der Spiegel, 19/2009

Eine einfache Rechnung und ein Gedanke zum Schluss:

Die Rechnung: Eine fünfprozentige Vermögenssteuer von den 800.000 Millionären würde 125 Milliarden Euro im Jahr einbringen. Eine Summe, ausreichend, um eine zusätzliche Verschuldung des Staates zu verhindern und durch Erhöhung der Masseneinkommen und damit der Massenkauftkraft den Binnenmarkt spürbar zu beleben.

Der Gedanke: Am 27. September lediglich ein Kreuz auf den Wahlzettel zu setzen, genügt nicht, um den weiteren Abbau sozialer und demokratischer Rechte zu stoppen. Ein Politikwechsel, erzwungen durch außerparlamentarisches Handeln, bleibt dringend erforderlich.



Karikatur: Berliner Zeitung/Berndt A. Skott

Angenommen und abgelehnt

Die Beschlüsse des Bundestages am 2. und 3. Juli im Überblick

u. a.

Bezugsdauer Arbeitslosengeld I: Nicht die erforderliche Mehrheit bekam auch ein Antrag der Linksfraktion, die darin verlangt hatte, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I in der derzeitigen Krise befristet für alle Anspruchsberechtigten auf 24 Monate auszuweiten ([16/13368](#), [16/13627](#)).

Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode

Drucksache 16/13627

01.07.2009

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Ernst, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/13368 –

Arbeitslosengeld I in der Krise befristet auf 24 Monate verlängern

A. Problem

Angesichts der Wirtschaftskrise erwarten die Initiatoren in diesem Sommer hunderttausende Arbeitslose. Für sie werde die Verkürzung des Arbeitslosengeldsbezugs auf zwölf Monate dramatische Konsequenzen haben. Zugleich verlüge die Bundesagentur für Arbeit nach Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung über einen reduzierten Haushalt.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der antragstellenden Fraktion die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I für die Dauer von zwei Jahren für alle Anspruchsberechtigten auf einheitlich 24 Monate ausweiten. Außerdem solle die Defizithaftung des Bundes wieder eingeführt werden, um die Finanzbasis der Bundesagentur der Arbeit zu stärken.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht ermittelt.

* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.